



HESSISCHER LANDTAG

Änderungsantrag

20.01.2022
HHA

**Fraktion der CDU,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 20/6873 zu Drucksache 20/6380**

Inhalt des Antrags: **Forschungsstelle Extremismusresilienz**

Einzelplan **03 Hessisches Ministerium des Innern und für Sport**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 04 Hessische Hochschule für Polizei und Verwaltung
(ab 01.01.2022: Hessische Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit)
Buchungskreis: 2266
Produktnummer lt. Leistungsplan 3
Pezeichnung lt. Leistungsplan Innovation und Weiterentwicklung

Weitere Änderungen im Wirtschafts-/ Stellenplan:

Anzahl der (Plan-)Stellen

Bes.Gr. / Kennung	Amts- / Dienstbezeichnung	von	um	auf
W 2 (001)	Professor/in an einer Hochschule für angewandte Wissenschaften	23	+1	24
A 14 (031)	Polizei-/Kriminaloberrat/rätin	8	+1	9
A 12 (001)	Amtsrat/rätin	8,5	+1	9,5

Die Personalkosten werden im Haushalt 2022 aus der allgemeinen Rücklage im EP 03 finanziert

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Forschungsstelle Extremismusresilienz

Die Einrichtung einer Forschungsstelle „Extremismusresilienz“ an der Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS) verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz, der neben der Erforschung von extremistischen Einstellungen im öffentlichen Dienst insbesondere auch die Entwicklung präventiver Ansätze und Maßnahmen zur politischen Bildung enthält. Umgekehrt bedeutet „Extremismusresilienz“ auch immer „Demokratieförderung“. Die Entwicklung einer kollektiven Kultur des Hinsehens erfordert zum einen eine konsequente Forschung zu Faktoren, die das individuelle aktive Eintreten für die freiheitliche demokratische Grundordnung unseres Staates sowie für eine demokratische Zivilgesellschaft fördern oder hindern, und zum anderen einen ganzheitlichen Ansatz in der politischen Bildung und Begleitung, der das institutionelle Wissen befördert. Forschung spielt dabei eine wichtige Rolle, damit der konkrete Bildungsbedarf einerseits und die Wirkung von Bildungs- und Begleitangeboten andererseits wissenschaftlich analysiert und evaluiert werden können. Die Ergebnisse dienen unmittelbar dazu, Aus- und Fortbildung und Bildungs- und

Begleitangebote daran auszurichten, aufeinander abzustimmen und in eine Bildungslinie, die von der Einstellung bis zur Ruhestandsversetzung reicht, zu entwickeln.

Eine zentrale Aufgabe der Forschungsstelle „Extremismusresilienz“ wird die Verbindung der Bildungsangebote in den Themenfeldern Demokratie, Menschenrechte und Diversity sein. Bisher gibt es innerhalb der Hochschule und landesweit viele professionelle und gewinnbringende Einzelmaßnahmen, die jedoch untereinander teilweise nicht bekannt oder thematisch doppelt belegt sind. Die eingerichtete Stelle sorgt dafür, dass Erkenntnisse aus Forschung, Lehre, Fortbildung und Praxis miteinander verzahnt werden können, was an der neuen Hochschule optimal abzubilden ist.

Zum Bereich der Extremismusforschung zählt bspw.:

- Aufarbeitung des wissenschaftlichen Kenntnisstandes im Bereich Extremismus
- Durchführung regelmäßiger Befragungen innerhalb der Hessischen Polizei (Polizeibarometer), der öffentlichen Verwaltung und der Hochschule, um im Zeitverlauf Veränderungen erkennen zu können
- Erarbeitung von Erklärungsmodellen zur Entstehung und Aufrechterhaltung extremistischer Einstellungen
- Analyse von Möglichkeiten zum Abbau extremistischer Einstellungen
- Identifikation von Resilienzfaktoren gegenüber Extremismus
- Untersuchungen zu unterschiedlichen Ausprägungen von Extremismus
- Anknüpfung an vorhandene Forschungslinien sowie an die aktuelle Forschung zu rechtsextremen Diskursen
- Extremismus und neue Kommunikationsformen (v.a. Social Media: hier Zusammenarbeit mit einschlägigen Drittmittelprojekten an der HfPV)
- Weiterentwicklung methodischer Ansätze innerhalb der Extremismusforschung (quantitative und qualitative Ansätze)
- Untersuchungen zu spezifischen Sozialisierungseffekten zu und in Polizei und Verwaltung
- Untersuchungen zu Auswirkungen extremistischer Tendenzen in Polizei und Verwaltung auf die Öffentlichkeit/Bürger (Vertrauen in Institutionen)
- Vernetzung mit nationalen und internationalen Universitäten, Hochschulen, Forschungsinstituten und Forschungsorganisationen, die im Bereich „Extremismus und Polizei/öffentlicher Dienst“ forschen (z.B. DHPol, verwaltungsinterne Fachhochschulen; Arbeitskreis Innere Sicherheit; Arbeitskreis Empirische Polizeiforschung)
- Organisation von Fachtagungen zum Thema „Extremismus“

Wiesbaden, 19. Januar 2022

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:

Ines Claus

Mathias Wagner (Taurus)